

China hat einen "Bericht über die Menschenrechte in den Vereinigten Staaten im Jahr 2007" veröffentlicht und kontert damit jährliche Vorhaltungen der USA.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 055/08 – 29.03.08**

Menschenrechtsverletzungen der Vereinigten Staaten aufgezeigt

CHINA DAILY, 13.03.08

(http://www.chinadaily.com.cn/china/2008-03/13/content_6533121.htm)

PEKING – China hat am Donnerstag einen "Bericht über die Menschenrechte in den Vereinigten Staaten im Jahr 2007" veröffentlicht – als Antwort auf den Bericht über die Menschenrechtssituation in China im Jahr 2007, den das US-Außenministerium am Dienstag publiziert hat. (Der volle Wortlaut des 10-seitigen Dokuments aus China ist aufzurufen unter http://www.chinadaily.com.cn/china/2008-03/13/content_6533800.htm .)

Vom Informationsbüro des chinesischen Staatsrats herausgegeben, listet der Bericht eine Vielzahl von Fällen der Missachtung der Menschenrechte in den USA und der Verletzung der Menschenrechte durch die USA in anderen Ländern auf.

Der (chinesische) Report beklagt, dass die Vereinigten Staaten mehr als 190 Staaten, darunter auch China, Menschenrechtsverletzungen vorwerfen, aber kein Wort über ihre eigenen Probleme mit den Menschenrechten verlieren.

Durch die Veröffentlichung des "Berichts über die Menschenrechte in den Vereinigten Staaten im Jahr 2007" will China "den Menschen helfen, die wirkliche Situation besser zu verstehen und die Vereinigten Staaten ermahnen, auch über ihr eigenes Verhalten nachzudenken". Der Report untersucht die Menschenrechtssituation in den Vereinigten Staaten in den sieben Bereichen:

- Leben, Eigentum und persönliche Sicherheit,
- Menschenrechtsverletzungen durch Strafverfolgungsbehörden und Gerichte,
- Bürgerrechte und politische Rechte,
- wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,
- rassistische Diskriminierung,
- Rechte der Frauen und Kinder
- Verletzung der Menschenrechte durch die USA in anderen Ländern.

Der (chinesische) Report stellt fest, dass durch das Ansteigen der Gewaltkriminalität in den USA das Leben, die Freiheit und die persönliche Sicherheit der Menschen ernsthaft bedroht sind.

Nach einem FBI-Bericht vom September 2007 wurden 2006 in den USA 1,41 Millionen Gewaltverbrechen begangen, das bedeutet, verglichen mit 2005, einen Anstieg um 1,9 Prozent.

Bei den Gewaltverbrechen haben sich die Fälle von Mord und Totschlag um 1,8 Prozent und die Raubüberfälle um 7,2 Prozent vermehrt.

Nach dem FBI-Bericht gab es im Jahr 2006 25 Millionen Fälle von Gewaltanwendung und Diebstahl in den USA.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters vom 19. Dezember 2007 sterben jährlich 30.000 Menschen an Schusswunden.

USA TODAY meldete am 5. Dezember 2007, die Tötungen mit Schusswaffen hätten seit 2002 um 13 Prozent zugenommen.

Am 16. April 2007 wurden bei einem Amoklauf an der Technischen Universität in Virginia 33 Personen getötet und weitere 30 verletzt. Das sei die Schießerei mit den meisten Opfern in der neueren Geschichte der USA gewesen, meldete AFP.

Zwei weitere Schießereien in Salt Lake City und Philadelphia forderten acht Menschenleben und viele Verletzte, meldete ASSOCIATED PRESS am 12. Februar 2007.

Der (chinesische) Report zeigt auf, dass Strafverfolgungsbehörden und Gerichte in den USA ihre Macht missbraucht und die Freiheit und die Rechte von Bürgern verletzt haben.

Die Fälle, in denen US-Strafverfolgungsbehörden die Bürgerrechte von Opfern verletzt haben sollen, haben nach einer Statistik des US-Justizministeriums in den sieben Jahren von 2001 bis 2007 um 25 Prozent zugenommen.

In der Mehrheit der Fälle wurden die wegen brutalen Vorgehens angezeigten Polizisten aber nicht bestraft.

Von Mai 2001 bis Juni 2006 erhielt jeder der 2.451 Polizisten Chicagos 4 bis 10 Anzeigen. Obwohl 662 von ihnen sogar mehr als zehnmals angezeigt wurden, sind nur 22 bestraft worden. Es gab sogar Polizisten, gegen die mehr als 50 Beschwerden vorlagen, die aber nach einer Statistik der Universität von Chicago niemals in irgendeiner Form gemäßregelt wurden.

Die Vereinigten Staaten sind mit der höchsten Strafgefangenenrate das größte Gefängnis der Welt. Nach einer am 5. Dezember 2007 von der EFE-Nachrichtenagentur veröffentlichten Statistik des US-Justizministeriums ist die Zahl der Häftlinge in US-Gefängnissen in den letzten 30 Jahren um über 500 Prozent gestiegen.

Die Freiheiten und Rechte der einzelnen Bürger werden nach dem (chinesischen) Report in den USA immer mehr eingeschränkt.

Das Recht der Arbeiter, sich in Gewerkschaften zu organisieren, wurde erschwert. Im Jahr 2006 hat die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 326.000 abgenommen, und der Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten ist von 20 Prozent im Jahr 1983 auf heute 12 Prozent zurückgegangen.

Verbote der Unternehmen hinderten 53 Prozent der nicht organisierten Beschäftigten daran, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Das berichtet die NEW YORK TIMES am 26. Januar 2007.

Nach einem Bericht von HUMAN RIGHTS WATCH hat die Wal-Mart-Kaufhauskette, um Gewerkschaften abzuwehren, häufig Gesetze gebrochen, indem sie Beschäftigte abgehört oder mit Kameras überwacht und diejenigen entlassen hat, die sich Gewerkschaften anschließen wollten.

In den USA ist Geld die "Muttermilch" der Politik, und Wahlen sind "Spiele" für die Wohlha-

benden. Diese Praxis, die überheblich als "amerikanische Demokratie" verkauft wird, bewährt sich gerade wieder bei der Präsidentenwahl des Jahres 2008.

Die "finanzielle Hürde" wird für Kandidaten, die sich um das Präsidentenamt bewerben wollen, immer höher. Mindestens 10 der 20 Kandidaten, die sich bei den großen Parteien um die Präsidentschaftskandidatur 2008 bewerben, sind Millionäre, wie die spanische Nachrichtenagentur EFE am 18. Mai 2007 berichtet hat.

Die französische Nachrichtenagentur AFP meldete am 15. Januar 2007, dass die Wahl des US-Präsidenten im Jahr 2008 das teuerste "Rennen" der Geschichte werde. Die Kosten der letzten Präsidentschaftskampagne im Jahr 2004 waren mit 693 Millionen US-Dollar die bisher höchsten. Allgemein werden die Kosten der Kampagne 2008 auf insgesamt eine Milliarde Dollar geschätzt. Das Magazin FORTUNE veranschlagt sogar von 3 Milliarden Dollar als voraussichtliche Gesamtkosten.

Die US-Regierung manipuliert auch die Presse. Am 23. Oktober 2007 hat die Federal Emergency Management Agency / FEMA (Katastrophenschutz-Behörde) eine Pressekonferenz zu den Waldbränden in Kalifornien abgehalten.

15 Minuten lang wurde dabei ein halbes Dutzend Fragen von FEMA-Mitarbeitern gestellt, die sich als Reporter ausgaben. Die Pressekonferenz wurde von vielen TV-Sendern der USA übertragen. Auch als die WASHINGTON POST diese Farce enthüllte, versuchte die FEMA immer noch ihre getürkte Veranstaltung zu verteidigen.

Der (chinesische) Report stellt auch fest, dass die überkommenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der US-Bürger nicht ausreichend geschützt werden.

Die Zahl der Armen nimmt in den USA immer mehr zu. Nach einer Statistik des Census Bureau (Statistisches Bundesamt der USA) vom August 2006 lag die offizielle Armutsrate bei 12,3 Prozent. 36,5 Millionen Menschen in 7,7 Millionen Familien lebten 2006 in Armut. Danach lebt jeder achte US-Bürger in Armut.

Der Besitz der Reichsten in den USA ist in den letzten Jahren enorm gewachsen, und die Schere zwischen Reichen und Armen hat sich noch weiter geöffnet. Die Superreichen machen ein Prozent aus, verfügten aber 2005 über 21,2 Prozent des Volkseinkommens. 2004 waren es noch 19 Prozent.

Die 50 Prozent US-Amerikaner mit niedrigen Einkommen mussten sich 2005 mit nur 12,8 Prozent des Volkseinkommens begnügen. 2004 waren es nach Reuters noch 13,4 Prozent.

Die Zahl der hungernden und obdachlosen Menschen hat in den Städten der USA stark zugenommen. Das US-Landwirtschaftsministerium stellte in einem am 14. November 2007 veröffentlichten Bericht fest, dass im Jahr 2006 mindestens 35,5 Millionen US-Amerikaner hungerten, darunter 12,63 Millionen Kinder, deren Zahl seit 2005 um 390.000 angewachsen ist. Nach Reuters lebten 11 Millionen Menschen am Rande des Existenzminimums.

Auch die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung ist in den USA gewachsen. Reuters hat am 20. September 2007 eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes der USA veröffentlicht, die besagt, dass 47 Millionen US-Amerikaner nicht krankenversichert sind.

Der (chinesische) Report kommt zu dem Schluss, dass rassistische Diskriminierung eine in den USA tief verwurzelte soziale Krankheit ist.

Schwarze Menschen und andere ethnische Minderheiten leben am unteren Rand der Gesellschaft. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der USA vom August 2007 betrug im Jahr 2006 das mittlere Einkommen schwarzer Haushalte 31.969 Dollar, das waren nur 61 Prozent des Haushalts-Einkommens weißer Haushalte, in denen nicht Spanisch gesprochen wird. Das mittlere Einkommen von Haushalten, in denen Spanisch gesprochen wird, betrug mit 37.781 Dollar nur 72 Prozent des Einkommens weißer Haushalte.

Die Anteile der Schwarzen und "Hispanics", die in Armut und ohne Krankenversicherung leben, sind wesentlich höher als bei den Weißen, stellte die Wochenzeitung WASHINGTON OBSERVER fest.

Ethnische Minderheiten werden in Beschäftigungsverhältnissen und am Arbeitsplatz wegen ihrer Herkunft diskriminiert. Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums vom November 2007 war die Arbeitslosenrate bei schwarzen US-Amerikanern mit 8,4 Prozent doppelt so hoch wie bei den weißen mit 4,2 Prozent. Bei den Hispanics betrug die Arbeitslosenrate 5,7 Prozent. Schwarze und Hispanics sind also viel häufiger arbeitslos als Weiße.

Die rassistische Diskriminierung durch die US-Justiz ist schockierend. Nach dem Jahresbericht 2007 der National Urban League / NUL (Liga für die Rechte der Afro-Amerikaner) über die Lebensumstände schwarzer US-Amerikaner werden Afro-Amerikaner viel häufiger als Weiße angeklagt und zu längeren Strafen verurteilt, Schwarze werden siebenmal häufiger als Weiße eingesperrt.

Nach dem (chinesischen) Report leben Frauen und Kinder unter besorgniserregenden Bedingungen.

Obwohl die Frauen 51 Prozent der US-Bevölkerung stellen, gehören dem 110. US-Kongress nur 86 Frauen an. Frauen besetzen 16 Sitze, also 16,0 Prozent der Sitze des Senats und 70 Sitze, also 16,1 Prozent der 435 Sitze des Repräsentantenhauses.

Im Dezember 2007 übten nur 76 Frauen staatliche Wahlämter aus, das sind 24,1 Prozent der Gesamtzahl. Der Anteil der Frauen an gesetzgebenden Körperschaften liegt bei 23,5 Prozent.

Auch auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz ist die Diskriminierung von Frauen weit verbreitet. Im Jahr 2006 erhielt die Equal Employment Opportunity Commission (Gleichstellungs-Kommission) der USA 23.247 Beschwerden von Frauen, die wegen ihres Geschlechts am Arbeitsplatz diskriminiert wurden. Das waren 30,7 Prozent aller Beschwerden.

Die Lebensbedingungen der Kinder in den USA sind besorgniserregend. Der HOUSTON CHRONICLE veröffentlichte einen Bericht der Vereinten Nationen, aus dem hervorging, dass die USA bei den 21 reichsten Ländern der Welt zwar einen Spitzenplatz einnehmen, aber nur an 20. Stelle stehen, wenn das Wohlergehen der Kinder betrachtet wird.

US-Jugendliche werden häufig Opfer von Misshandlungen und Verbrechen. Im Jahr 2005 wurden nach einem Bericht, den das US-Justizministeriums im Dezember 2007 veröffentlicht hat, 57 von 1.000 Schülern, die älter als 12 Jahre waren, schon einmal Opfer von Gewalt- oder Eigentumsdelikten.

In den USA sind Millionen minderjähriger Mädchen zu Sex-Sklavinnen geworden. Statistiken des US-Justizministeriums belegen, dass 100.000 bis drei Millionen US-Kinder unter 18 in Prostitution verwickelt sind. Nach einem FBI-Bericht sind 40 Prozent der zur Prostitution Gezwungenen minderjährig.

Der (chinesische) Report belegt, dass die Vereinigten Staaten unbestreitbar Rekordhalter in der Verletzung der Souveränität und der Menschenrechte in anderen Ländern sind.

Die Invasion der US-Truppen in den Irak hat die größte Tragödie der Menschenrechte und das größte humanitäre Desaster in der neueren Geschichte verursacht. Nach Berichten wurden seit der im Jahr 2003 gestarteten Invasion 660.000 Iraker getötet, von denen 99 Prozent Zivilisten waren. Täglich starben also 450 Menschen.

Nach einem Bericht in der LOS ANGELES TIMES hat die Zahl der toten Zivilisten sogar eine Million überschritten. Nach einer Untersuchung des United Nations Children's Fund / UNICEF sind über eine Million Iraker obdachlos, die Hälfte davon Kinder.

US-Truppen haben auch in Afghanistan zahllose unschuldige Zivilisten in ihrem "Krieg gegen den Terror" getötet. Die WASHINGTON POST berichtete am 4. März 2007, dass US-Soldaten in einer Woche 51 Zivilisten umgebracht haben. Sogar Karzai (der Präsident Afghanistans) sagte nach dem Bericht, die hohe Todesrate bei Zivilisten könne nicht länger hingenommen werden.

Eine afghanische Menschenrechtsgruppe beklagte, dass eine Einheit der US-Marineinfanterie am 4. Mai 2007 auf einem 10 Meilen langen Straßenabschnitt in der Provinz Nangahar wahllos auf Fußgänger und Menschen in Autos, Bussen und Taxis gefeuert und dabei 12 Zivilisten getötet hat, darunter ein Kind und drei alte Menschen. Das war am 15. April 2007 in der NEW YORK TIMES zu lesen.

Es werde höchste Zeit, dass sich die US-Regierung ernsthaft mit ihren eigenen Menschenrechtsverletzungen beschäftigt und aufhört, in Bezug auf die Menschenrechte mit zweierlei Maß zu messen, fordert der (chinesische) Report.

Das Informationsbüro des chinesischen Staatsrats hat jetzt schon zum neunten Mal in Folge mit einem Report zu den Menschenrechten in den USA auf die jährlichen Berichte des US-Außenministeriums geantwortet.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Wir halten China weder für einen Hort der Menschenrechte, noch möchten wir das harte Vorgehen chinesischer Sicherheitskräfte gegen die sehr wahrscheinlich von außen angezettelten gewaltsamen Proteste in Tibet verteidigen. Wer aber – wie die Bush-Administration – selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen und auch nicht mit Steinen werfen lassen. Für unser Englisch sprechenden Leser drucken wir anschließend den Originaltext des übersetzten Artikels ab.)

US human rights violations exposed

(Xinhua)

Updated: 2008-03-13 10:12

China issued on Thursday the Human Rights Record of the United States in 2007 [click to read full text] in response to the Country Reports on Human Rights Practices for 2007 issued by the US Department of State on Tuesday.

Released by the Information Office of China's State Council, the Chinese report listed a multitude of cases to show the human rights situation in the United States and its violation of human rights in other countries.

The report says the United States attacks more than 190 countries and regions including China on their human rights issues, but mentions nothing about its own human rights problems.

By publishing the Human Rights Record of the United States in 2007, the report says it aims to "help the people have a better understanding of the real situation in the United States and as a reminder for the United States to reflect upon its own issues".

The report reviewed the human rights record of the United States in 2007 from seven perspectives: on life and personal security, on human rights violations by law enforcement and judicial departments, on civil and political rights, on economic, social and cultural rights, on racial discrimination, on rights of women and children and on the United States' violation of human rights in other countries.

The report says the increase of violent crimes in the United States poses a serious threat to its people's lives, liberty and personal security.

According to a FBI report on crime statistics released in September 2007, 1.41 million violent crimes were reported nationwide in 2006, an increase of 1.9 percent over 2005.

Of the violent crimes, the estimated number of murders and no negligent manslaughters increased 1.8 percent, and that of robberies increased 7.2 percent.

Throughout 2006, US residents age 12 or above experienced an estimated 25 million crimes of violence and theft, according to the FBI report.

In the United States, about 30,000 people die from gun wounds every year, according to a Reuters story on December 19, 2007.

The USA Today reported on December 5, 2007 gun killings have climbed 13 percent overall since 2002.

On April 16, 2007, the Virginia Tech University witnessed the deadliest shooting rampage in modern US history with 33 killed and more than 30 others injured, according to AFP.

Two separate gun killings in the Salt Lake City and Philadelphia claimed eight lives and injured several other people on February 12, 2007, according to the Associated Press.

The report points out that law enforcement and judicial departments in the United States have abused their power and seriously violated the freedom and rights of its citizens.

Cases in which US law enforcement authorities allegedly violated victims' civil rights increased by 25 percent from fiscal year 2001 to 2007 over the previous seven years, according to statistics from US Department of Justice.

However, the majority of law enforcement officers accused of brutality were not prosecuted in the end.

From May 2001 to June 2006, 2,451 police officers in Chicago received 4 to 10 complaints each, 662 of them received more than 10 complaints each, but only 22 were punished. Furthermore, there were officers who had amassed more than 50 abuse complaints but were never disciplined in any fashion, according to statistics released by University of Chicago.

The United States of America is the world's largest prison and has the highest inmates/population ratio in the world. A December 5, 2007 report by EFE news agency quoted statistics of US Department of Justice as saying that the number of inmates in US prisons have increased by 500 percent over the last 30 years.

The freedom and rights of individual citizens are being increasingly marginalized in the United States, the report says.

Workers' right to unionize has been restricted in the United States. It was reported that union membership fell by 326,000 in 2006, bringing the percentage of employees in unions to 12 percent, down from 20 percent in 1983.

Employer resistance stopped 53 percent of nonunion workers from joining a union, The New York Times reported on January 26, 2007.

According to a report by the Human Rights Watch, when Wal-Mart stores faced unionization drives, the company often broke the law by, for example, eavesdropping on workers, training surveillance cameras on them and firing those who favored unions.

In the United States, money is "mother's milk" for politics while elections are "games" for the wealthy, highlighting the hypocrisy of the US democracy, which has been fully borne out by the 2008 presidential election.

The "financial threshold" for participating in the US presidential election is becoming higher and higher. At least 10 of the 20-strong major party candidates who are seeking the US presidency in general elections in 2008 are millionaires, according to a report by Spanish news agency EFE on May 18, 2007.

The French news agency AFP reported on January 15, 2007 that the 2008 presidential election will be the most expensive race in history. The cost of the last presidential campaign in 2004, considered a peak for its time, was 693 million US dollars. Common estimates of this year's total outlay have tended to come in at around 1 billion US dollars, and Fortune magazine recently upped its overall cost projection to 3 billion US dollars.

The US administration manipulated the press. On October 23, 2007, the Federal Emergency Management Agency (FEMA) staged a news conference on California wildfires.

A half-dozen questions were asked within 15 minutes at the event by FEMA staff members posing as reporters.

The news was aired by US-based television stations. After the Washington Post disclosed the farce, FEMA tried to defend itself for staging the fake briefing.

The report says that the deserved economic, social and cultural rights of US citizens have not been properly protected.

Poor population in the United States is constantly increasing.

According to statistics released by the US Census Bureau in August 2007, the official poverty rate in 2006 was 12.3 percent.

There were 36.5 million people, or 7.7 million families living in poverty in 2006. In another word, almost one out of eight US citizens lives in poverty.

The wealth of the richest group in the United States has rapidly expanded in recent years, widening the earning gap between the rich and poor. The earnings of the highest one percent of the population accounted for 21.2 percent of US total national income in 2005, compared with 19 percent in 2004.

The earnings of the lowest 50 percent of the population accounted for 12.8 percent of the total national income in 2005, down from 13.4 percent in 2004, according to Reuters.

Hungry and homeless people have increased significantly in US cities. The US Department of Agriculture said in a report released on November 14, 2007 that at least 35.5 million people in the United States, including 12.63 million children, went hungry in 2006, an increase of 390,000 from 2005.

About 11 million people lived in "very low food security", according to Reuters.

People without health insurance have been increasing in the United States. A Reuters report on September 20, 2007 quoted the US Census Bureau as saying that 47 million people in the United States were not covered by health insurance.

Racial discrimination is a deep-rooted social illness in the United States, the report says.

Black people and other minor ethnic groups live in the bottom of the US society.

According to statistics released by the U.S. Census Bureau in August 2007, median income of black households was 31,969 US dollars in 2006, or 61 percent of that for non-Hispanic white households. Median income for Hispanic households stood at 37,781 US dollars, 72 percent of that for non-Hispanic white households.

The rates of blacks and Hispanics living in poverty and without health insurance are much higher than non-Hispanic whites, according to Washington Observer Weekly.

Ethnic minorities have been subject to racial discrimination in employment and workplace. According to the US Department of Labor, in November 2007, the unemployment rate for Black Americans was 8.4 percent, twice that of non-Hispanic Whites (4.2 percent).

The unemployment rate for Hispanics was 5.7 percent. The jobless rates among blacks and Hispanics were much higher than that for non-Hispanic Whites.

Racial discrimination in the US judicial system is shocking. According to the 2007 annual report on the state of black Americans issued by the National Urban League (NUL), African Americans (especially males) are more likely than whites to be convicted and sentenced to longer terms. Blacks are seven times more likely than Whites to be incarcerated.

The report says the conditions of women and children in the United States are worrisome.

Women account for 51 percent of the US population, but there are only 86 women serving in the 110th US Congress. Women hold 16, or 16.0 percent of the 100 seats in the Senate and 70, or 16.1 percent of the 435 seats in the House of Representatives.

In December 2007, there were 76 women serving in statewide elective executive offices, accounting for 24.1 percent of the total. The proportion of women in state legislature is 23.5 percent.

Discrimination against women is pervasive in US job market and workplaces. The US Equal Employment Opportunity Commission said it received 23,247 charges on sex-based

discrimination in 2006, accounting for 30.7 percent of the total discrimination charges.

The living conditions of US children are of great concern. Houston Chronicle reported that a survey by the United Nations on 21 rich countries showed that though the United States was among the world's richest nations, its ranked only the 20th in the overall well-being of children.

US juveniles often fall victims of abuses and crimes. According to a report on school crimes in the United States released by the Department of Justice in December 2007, 57 out of one thousand US students above the age of 12 were victims of violence and property crimes in 2005.

Millions of underage girls become sex slaves in the United States. Statistics from the Department of Justice show some 100,000 to three million US children under the age of 18 are involved in prostitution. A FBI report says as high as 40 percent of forced prostitutes are minors.

The report says the United States has a notorious record of trampling on the sovereignty of and violating human rights in other countries.

The invasion of Iraq by US troops has produced the biggest human rights tragedy and the greatest humanitarian disaster in modern world. It was reported that since the invasion in 2003, 660,000 Iraqis have died, of which 99 percent were civilians. That translates into a daily toll of 450.

According to the Los Angeles Times, the number of civilian deaths in Iraq has exceeded one million. A report from the United Nations Children's Fund (UNICEF) revealed that about one million Iraqis were homeless, half of whom were children.

US troops have killed many innocent civilians in the anti-terrorism war in Afghanistan. The Washington Post reported on May 3, 2007 that as many as 51 civilians were killed by US soldiers in one week (Karzai Says Civilian Toll is No Longer Acceptable, The Washington Post, May 3, 2007).

An Afghan human rights group said in a report that US marine unit fired indiscriminately at pedestrians, people in cars, buses and taxis along a 10-mile stretch of road in Nangahar province on March 4, 2007, killing 12 civilians, including one infant and three elders (New York Times, April 15, 2007).

It is high time for the US government to face its own human rights problems with courage and give up the unwise practices of applying double standards on human rights issues, according to the report.

This is the ninth consecutive year that the Information Office of the State Council has issued human rights record of the United States to answer the US State Department annual report.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern